

**Bezugspreis**  
monatlich M.  
in der Reichshauptstadt 7600.—  
in den Ausgabestellen 7800.—  
durch Zeitungsboten 8000.—  
am Postamt 8500.—  
ins Ausland 12 000 poln. M. in  
deutscher Währung nach Kurs.  
**Seitendruck:**  
2273, 3110.

**Verlag:** Tageblatt Posen.  
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200288 in Posen.  
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Posener Tageblatt

## (Posener Warte)

**Erstein**  
an allen Verlagen.  
**Anzeigenpreis:**  
f. d. Millimeterzeile in  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens.... 200.— M.  
Reklameteil. 600.— M.  
Für Aufträge  
aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 200.— p. M.  
in deutscher Währung nach Kurs. Reklameteil 600.— p. M.

### Deutschland von innen.

Während die westfälische Bevölkerung an der Ruhr in stummem Zwang den Abwehrkampf gegen die feindlichen Eindringlinge führt, befindet sich das übrige Deutschland keineswegs im Zustande der Stagnation. „Viel Altes stirbt mit viel Neuem, und es wächst still und stark etwas Neues. Der französische Einbruch beschleunigt diesen Prozess und vernichtet die Kräfte des Entwicklungsträgheit, die ein deutsches Nationalgefühl ist. Die Arbeitsteile von Rhein und Ruhr,“ so schreibt der sozialdemokratische Schriftsteller Arthur Zisler in der „Dt. Allg. Ztg.“, „sind wie die Männer im feurigen Ofen, hier wird deutsches Schicksal geläutert und bestanden. Aus der Masse wird Volk, das seine Sendung erkennt.“

Im „Berl. Tageblatt“ schrieb kürzlich Gerhart Hauptmann ein eigenartigen Aufsatz „Zur Schmach Europas“. Hauptmann weist darauf hin, daß Wort und Schrift gegenüber der Schmach, die von Frankreich verübt wird, nutzlos und ohnmächtig sind. „Auf die Frage, was man tun soll, hat der Mann an der Ruhr keine Antwort gegeben. Die Kraft muß aus dem Volke kommen. Mancher wird fragen, ob denn das Volk so stark und so weise sei. Gewiß ist es stark, gewiß ist es weise. So mancher Gewalthaber hat erfahren, wie stark es ist, und mancher erfährt es auch wieder in diesen Tagen. Am Schlusse seines Aufsatzes bringt Gerhart Hauptmann eine lange Reihe von Sprichwörtern, die sich gegen die Gewalt wenden. Zum Beispiel: Gewalt zwingt Seele und Gemüt nicht. Gewalt hat nie lang und wohl regiert. Gewalt und Lüge taugt auf die Länge nicht. Wer zu Gewalt schweigt, der verliert seine Rechte. „Es gibt also eine Volkswelt“, so schließt Hauptmann, „und an der Volkswelt wird niemand zweifeln. Es kommt aber darauf an, daß ein Volk seine eigene Kraft in ihrer ganzen Tiefe, Breite und Höhe mit allen ihren Möglichkeiten erkenne und sich ihrer vollbewußt werde. Das ist es, was ein Volk unüberwindlich macht.“

Die innere Einheitsfront Deutschlands steht fest. Sie umfaßt die großen Parteien von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie. Rechts und links stehen daneben Gruppen, die es für nötig halten, diese Einheit zu stören. Es sind die Exzessiven, die Radikalen, die, um ihre Notwendigkeit und Wichtigkeit zu beweisen, eine höchst verwirrende und geradezu staatsfeindliche Tätigkeit treiben.

Auf der Linken trennen sich die Kommunisten ab. Aus Klassenhaß gehen diese Kreise bis zur Sabotage an der deutschen Abwehraktion. Infolge ihrer landesverräterischen Haltung haben die rheinischen Sozialdemokraten jede Gemeinsamkeit mit den Kommunisten abgelehnt, insbesondere sich geweigert, eine Einheitsfront aller proletarischen Kräfte herzustellen. Die Berliner „Rote Fahne“, die kürzlich wegen staatsfeindlicher Tendenz auf 14 Tage verboten wurde, und die Kölner „Sozialistische Republik“ arbeiten geradezu für die Franzosen, was besonders gelegentlich des Eisener Blutbades zu Tage trat. Ein großer Teil der Parteianhänger ist aber mit dieser schnapspöllen Haltung nicht einverstanden. Die Reichstagsabgeordnete Klara Zetkin warnte auf dem letzten rheinisch-westfälischen Parteitag vor einer Verbindung der Kommunisten mit dem französischen Militärismus. Der Kommunistenführer in den Krupp'schen Werken Böhm wandte sich gegen die irreführenden Berichte seiner Parteipresse über das Eisener Blutbad. Auch innerhalb der Unabhängigen besteht eine Spaltung. Auf dem letzten Parteitag wurde auf Betreiben Theodor Liebknechts eine Entschließung angenommen, worin der Parteitag den internationalen Klassenkampf proklamiert, die Einheitsfront und die passive Resistenz ablehnt. Ledebour rief nach der Verlesung der Resolution: „Das ist der Selbstmord der U. S. P.“ Vorher hatte er erklärt, man dürfe nichts tun, was so ausgelegt werden könnte, als wollte man Poincaré und seine Goldwäscher unterstützen.

Auch die rechtsradikalen Parteien spielen zur Zeit eine gefährliche Rolle. Ihre Ausschreitungen werden in übertriebener Form von der französischen Weltpropaganda benutzt, und Deutschland insgesamt als ein veranwachsendes, nach neuem Kriege begieriges Land darzustellen. Die abstoßendste Erscheinung innerhalb dieser Gruppen ist eine bestimmte Art von Uebernationalismus, der, wenn man genau zusieht, gar nicht für das deutsche Volkstum arbeitet, sondern den Gedanken des Nationalismus als solchen rein formal verherrlicht. Besonders waren die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten und früheren Pfarrers Traub auf einer deutsch-nationalen Jugendversammlung in Frankfurt a. M. Der Reichstagsabgeordnete Traub stellte Mussolini als Vorbild hin, da er sich nur auf Adel und Offizierskorps stütze, wobei er vergißt, daß Mussolini vor Eintritt der Regierung den größten Teil der Arbeiterschaft zum freiwilligen Abrücken zum Faschismus zu bewegen wußte. Traub fand weiterhin begeisterte Worte für den „bewundernswerten nationalen Willen Frankreichs“ und seinen „tüchtigen Generalstab“, der die Gunst der Stunde benutzte, um die Welt Herrschaft für Frankreich zu erheben.

Derartige verworrene Ausführungen kann man am besten ad absurdum führen, wenn man sie auf das Deutschtum in Polen oder irgend einem anderen Staate mit deutscher Minderheit anwendet. Ein Mann, der Mussolini als Vor-

### Von der stürmischen Sejm-Sitzung

am Dienstag dieser Woche gibt uns unser Warschauer Sonderberichterstatter folgenden verspätet eingelaufenen Bericht:

Zu Beginn der Sitzung herrscht eine gewisse Spannung, da eine Entscheidung hinsichtlich der Umbildung des Kabinetts in den nächsten Tagen erfolgen muß. Es zeigt sich aber bald, daß die Ministerkrise stagniert. Es liegen eine Anzahl Anfragen vor, die eine aufgeregte Sitzung versprechen.

Zunächst diejenige des Nationalen Volksverbandes, der der Regierung den Vorwurf macht, sie verzögere die Ausweisung der aus Sowjetrußland eingewanderten russischen Juden. Abgeordneter Rymaszewski stellt die diesbezügliche Anfrage und erwähnt besonders, daß viele dieser Juden illegal über die Grenze gekommen seien. Der Minister des Innern Olpinski sagt, daß von den 27 000 regulär nach Polen gekommenen Juden aus Rußland nur noch eine kleine Zahl in Polen verblieben sei. Die illegal über die Grenze gekommenen müssen aber bis zum 15. April Polen verlassen haben. Es sei unwahr, daß das Ministerium mit den jüdischen Organisationen verhandele; es treffe seine Entscheidungen ganz auf eigene Faust. Demgegenüber behauptet Abg. Rymaszewski, daß mindestens 90 Prozent mit falschen Pässen und mit anderen unerlaubten Kunstgriffen den Aufenthalt in Polen möglich gemacht hätten, und er gibt deren Zahl auf mindestens 800 000 Menschen an. Der jüdische Abgeordnete Schiper erklärt, daß unter Sikorski die Ausweisungsbefehle weit scharfer gehandhabt würden als zuvor, daß die Leute schwere Qualen auszuhalten hätten. Die von Rymaszewski gegebenen Ziffern seien unrichtig. Es befänden sich in Polen zurzeit nicht mehr als 1500 solcher zugewanderten Juden, die alle auf das Visum für Amerika warteten. Im Februar waren es noch 10 000, und von ihnen haben bereits mehr als 8000 das Land verlassen. Ein Beschluß wurde in dieser Sache nicht gefaßt, und obwohl Abgeordneter Brilucki für eine Fortführung der Erörterungen eintritt, wird sie doch auf Antrag des Sejm-Marschalls von der Mehrheit des Sejms (der Rechten) abgebrochen.

Allmählich scheint sich die Stimmung in der Kammer zu erhitzen. Der Ukrainer Pryshupa schildert die Art der Verhaftung Luckiewicz, der in Begleitung eines anderen Herrn war, als zehn Polizisten ihn festnahmen und ihn mit einem Tuch den Mund zuhielten. Die Verhaftung sei gegen alles Recht erfolgt. Die Rechte macht leidenschaftliche Zwischenrufe. Die Mehrheit läßt die Behandlung dieser Angelegenheit als dringliche nicht zu.

Nun wird der Dringlichkeitsantrag des jüdischen Klubs und Pryshupas über die Vorgänge des 5. April behandelt, die sich mit den Ausschreitungen gegen die Juden bei Gelegenheit der Demonstrationen gegen die russischen Wuturteile befassen. Abgeordneter Sarglas legt dar, daß sich der Antrag keineswegs gegen die Regierung richte, sondern lediglich gegen die Antisiten der Ukrainer. Man habe wissen müssen, daß die Ausschreitungen kämen, und deshalb sei es zu kadeln, daß die Polizei zu spät eingeschritten sei. Der Regierungskommissar und der Vizepräsident des Innern Olpinski seien sogar von einer Delegation auf das Kommando vorbereitet worden. Die Schuldigen müßten bestraft werden. Der Nationaldemokrat Staniszkis behauptet, alle Anlagen der Juden seien falsch, besonders die über die Zahl der Verwundeten. In Rußland wie in Deutschland seien es gerade die Juden, die die polenfeindliche Haltung einnehmen. Das Ausland solle nur irregeführt werden, aber Polen sei stark genug, um dem Getriebe Widerstand zu bieten. Der Dringlichkeitsantrag wurde zurückgewiesen. Nur die Minderheiten und die Sozialisten hätten für ihn gestimmt.

Nun kommt es zu einem wüsten Auftritt. Der jüdische Abgeordnete Kirschbaum verläßt unter Protesten und leidenschaftlichen Ausrufen den Saal, die übrigen Mitglieder der jüdischen Gruppe folgen ihm. Plötzlich brängt die Rechte gegen Kirschbaum und die Juden vor. Ein baumlangender Abgeordneter sucht halbtoll vor Erregung, auf Kirschbaum loszuschlagen. Der junge deutsche Abgeordnete Zerbe schüßt ihn und nun laufen die Schläge und

bild hinstellt und den nationalen Willen Frankreichs und seinen tüchtigen Generalstab preist, müßte hier in Polen die Herren Lutowski, Korsant, Kierski usw. als Musterbilder hinstellen. Das genügt, um zu erweisen, daß jene Uebernationalisten vollständig unreife und verworrene Ideen haben. Wir sind ja gerade der Meinung, daß die genannten Herren eine fruchtbare Entwicklung des Landes durch ihre nationalistische Tätigkeit verhindern.

Minuter führt solcher Uebernationalismus ebenso wie bei den Kommunisten zu verräterischen Bündnissen mit den Franzosen. Kürzlich erregte eine Enthüllung Aufsehen, daß der Führer der bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, sich im Jahre 1919 mit einem französischen General in Verbindung gesetzt habe, um über eine separatistische Bewegung in Süd- und Westdeutschland zu beraten. Bekannt ist die unlängst in München aufgedeckte Verschwörung, die mit französischer Hilfe eine Abtrennung Bayerns vom Reiche und Zusammenschluß mit Österreich forderte.

Großes Aufsehen erregte neulich das Verbot der Deutschen Völkischen Freiheitspartei durch den Innenminister Severing. Abgesehen von der juristischen Streitfrage, ob der Innenminister des Reiches berechtigt war, eine Partei im preussischen Landtage zu verbieten, ist dieses Verbot aus der Zeitlage heraus vollkommen verständlich. Die Freiheitspartei steht in enger Beziehung zu der Nationalen Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Eine große Gruppe dieser Partei hatte die Absicht, den Parlamentarismus gewaltam zu beseitigen und sich an einem national-sozialistischen Putsch zu beteiligen, wozu die unter Kossbachs Kommando stehenden Turnerschaften die Truppen stellen sollten. Daß die Partei diese Absicht bestreitet, ist wohl nur als ein taktisches Manöver zu bewerten. Die national-sozialistische Bewegung wurde in der letzten Zeit durch den

Ruf mehrerer der Herren der Rechten auf Zerbe nieder. Der Lärm und die Zusammenstöße setzen sich in den Wandelgängen fort und es bilden sich Anäuel von Gruppen, die sich gegenseitig wild beschimpfen. Die Sitzung wird aufgehoben, und es soll durch den Sejm-Marschall eine Untersuchung über die Schuldigen eingeleitet werden, die dann für eine bestimmte Zeit von den Sitzungen ausgeschlossen werden sollen.

Nächste Sitzung am Sonnabend um 4 Uhr.

### Eine polnische Beurteilung der Vorkämpfer.

Zu den Zusammenstößen in der Dienstsitzung des Sejms schreibt der „Kurjer Polski“: „Zwei Oppositionsgruppen, die die Regierung des Generals Sikorski bekämpfen, die polnischen und die jüdischen Nationalisten, haben sich gegenseitig geschlagen und damit bewiesen, daß sie ohne den Sejm-Marschall und ohne Regierungen mit starker Hand nicht auskommen können. Die Parteien, die eine Gewalttätigkeit zu begehen vermochten, sind zu der Rolle eines Hausherrn in einem für das Leben und die Sicherheit der Bürger verantwortlichen Staates noch nicht reif. Mögen sie lieber weiter in der Opposition bleiben, die den Staat nicht bedrückt und nach außen nicht kompromittiert.“

### Von den Sejmausschüssen.

Zu den Ausschüssen der Kommission zur Prüfung der Grenzverhältnisse wählte der Sejm in seiner Dienstsitzung folgende Abgeordnete: Chodzyński (Nationaler Arbeiterpartei), Bednarczyk (Polnische Volkspartei), Baranowski (Wyzwoleniegruppe), Kawałczewski (Christliche Demokratie), Arciszewski (Sozialistische Partei), Kroschka (Jüdischer Klub), Rozowski (von den Christl. Nationalen), Czuczaj (von den Ukrainern) und Michalak (von der Nationalen Arbeiterpartei).

In den Kohlenpreis- und Produktionsprüfungs-ausschuss wurden gewählt: Die Abgg. Sylala und Wierzbicki vom Nationalen Volksverband, die Abgg. Rosacki und Pluta von der polnischen Volkspartei, die Abgg. Niedzielski und Bartel von der Wyzwoleniegruppe, die Abgg. Knote und Rianowski von den Christl. Demokraten, Abg. Diamant (Sozialist), Abg. Weinzier (Jüdischer Klub), Abg. Dunin von den Christl. Nationalen, Abg. Paszeczki (Klub der Ukrainer), Abg. Biecha (Nationaler Arbeiterpartei), Abg. Krans (Deutsche Fraktion) und der Weiskopf Dr. Janik.

### Vom Aeltestenausschuss des Sejms.

In der Dienstsitzung des Aeltestenausschusses des Sejms wurde die Angelegenheit der Verzung einer Kommission zur Prüfung der Grenzverhältnisse und einer Kohlenpreis- und Produktionsprüfungs-kommission besprochen.

Der Sejm-Marschall berührte dann die nächsten Sejm-Sitzungen. Sie sollen am Sonnabend, am Montag und am Freitag, dem 27. April stattfinden. Dann beginnt mit Rücksicht auf die Maiferien eine zweimonatige Ferienzeit. Bei der Erörterung der Wahl von 8 Sejm-Vertretern in den Staats-Emigrationsrat stellte der Abg. Chodzyński den Antrag, erst die Wahl von drei Vertretern der Arbeitergruppen und dann der übrigen 5 Vertreter gemäß der Mehrheit vorzunehmen.

### Die Sommerferien des Sejms.

Die diesjährigen Sommerferien des Sejms sollen am 20. Juni ihren Anfang nehmen und bis Oktober dauern.

### Wachowiat und Glabinski verhandeln.

Der Führer der Nationalen Arbeiterpartei, Dr. Wachowiat, hatte am Dienstag eine längere Unterredung mit dem Abg. Glabinski.

### Die Bekämpfung des Wuchers.

Der Rechtsausschuss des Senats befaßte sich in seiner Mittwochssitzung mit dem Entwurf für die Novelle zum Gesetz über die Bekämpfung des Wuchers und beschloß, den vom Sejm angenommenen Entwurf zurückzuweisen.

Oesterreicher Hitler geleitet, einen begabten und leidenschaftlichen Agitator. Die Nationalsozialisten unter Hitler haben ihren Hauptsitz in München, wo sie eine rege Tätigkeit betreiben. Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages beschäftigte sich kürzlich ausführlich mit der Frage eines Verbotes der national-sozialistischen Sturmtruppen. Der Minister des Innern Dr. Schöcher erklärte, es sei bekannt, daß die Sturmabteilung der Nationalsozialisten den Versammlungsschutz in geradezu brutaler Weise und sehr häufig mit bedenklichen Mitteln handhaben und zumeist einen unerhörten Versammlungsterror ausüben. Die Staatsregierung sei sich darüber klar, daß das politische Programm und die ganzen Bestrebungen der Nationalsozialisten in mehr als einer Richtung nicht zu unterschätzende Gefahren für den Staat und die Ordnung mit sich bringen. Einzelne Führer haben in unzweideutiger Weise staatlichen Maßnahmen getrotzt und der Regierung offen den Kampf angelegt. Schließlich wurde aber doch im bayerischen Verfassungsausschuss der Antrag der bayerischen Volkspartei angenommen, der die Sturmtruppen der verschiedenen Parteien (die Sozialdemokraten haben auch welche) bestehen läßt und nur ihre scharfe Ueberwachung vorschreibt.

Die Nationalsozialisten treiben auch eine scharfe antisemitische Propaganda, gegen die kürzlich von dem Verband der bayerischen israelitischen Kultusgemeinden beim bayerischen Ministerpräsidenten protestiert wurde. Wurde doch in einer öffentlichen Versammlung von einem Jüngling der Vorschlag gemacht, 50 000 jüdische Geiseln umzubringen, falls die Franzosen nicht bis zu einer bestimmten Stunde das Ruhrgebiet räumen würden. Die Presse der deutsch-völkischen Freiheitspartei, vor allem das „Deutsche Tageblatt“ wirkt ebenfalls dadurch verwirrend, daß sie eine wüste antisemitische Agitation treibt. Dabei



ist, wie der Abgeordnete Stressemann (Dt. Volksp.) richtig äußerte, der politische Antisemitismus ein Unfug. Wenn überhaupt, so hat der Antisemitismus höchstens auf kulturellem und literarischem, allenfalls auch noch auf wirtschaftlichem Gebiete einen Sinn, nicht aber in den eigentlichen politischen Fragen.

Diese extremen Gruppen haben gegenwärtig keinen maßgebenden Einfluß. Die große Mehrheit des Volkes steht in einer Einheitsfront zusammen und richtet den Blick auf den äußeren Feind. Die ganze Lage ist dazu angetan, den Gedanken der Volkseinheit und Volksgemeinschaft zu stärken. Sollte aber, was doch wohl zu erwarten ist, der Widerstand im Ruhrgebiet erfolgreich sein, so dürfte die Ueberzeugung bekräftigt werden, daß der einheitliche Wille des Volkes bei allen politischen Aktionen eine entscheidende Rolle spielen muß. Eine Schattenseite der Demokratie und Parlamentarismus liegt allerdings darin, daß leeres Gerede überhäuft und als Ersatz der Tat angenommen wird. Selbstverständlich muß das Volk Führer haben, die zu ihrem Amte fähig und sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Aber diese Führer können nur Erfolg haben, wenn sie das vertreten, was, wenn auch vielleicht nur als dumpfes und dunkles Bestreben, im Volksganzen lebt.

Man wird die Gesinnung der Nationalsozialisten und Deutschvölkischen und sonstige Kreise, die mit ihnen am selben Strang ziehen, nicht verdächtigen, mögen auch einzelne Mitglieder, wie Brüning und seine Leute in Kassel, als Schurken entlarvt werden, aber ihre Politik muß auch vom deutschen Standpunkt aus unzweifelhaft als unheilvoll bekämpft werden, besonders in der Gegenwart, da sie, wie die „Dt. Mfg. Ztg.“ bemerkt, jetzt nur auf ein negatives Ziel geht, auf die Bekämpfung von Parteien, statt dem Ganzen des deutschen Volkes zu dienen und eine einheitliche deutsche Politik zu unterstützen.

## Republik Polen.

### Hochs Polenreise.

Marshall Foch wird am 2. Mai in Dzierżyna in Schlessen eintreffen. Dort wird ihn der Kriegsminister begrüßen und ihm das Marshall-Diplom überreichen. Von Dzierżyna begibt sich der Marshall über Kattowitz, wo er sich einige Zeit aufhalten wird, nach Teschen und nach Krakau. Von dort begibt er sich nach kurzem Aufenthalt nach Warschau und wird bis zum 7. Mai Gast der polnischen Hauptstadt sein. Darauf unternimmt er eine Reise nach Grodno, um Polen, Weißrussland und Litauen zu besuchen. Am 11. Mai wird Marshall Foch in Lemberg sein und sich dann auf zwei Tage nach Krakau begeben. Sein nächstes Reiseziel ist dann Prag.

### Der Justizminister Dr. Makowski

ist von seinem zweimonatigen Urlaub zurückgekehrt und hat am Dienstag seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen.

### Der polnisch-tschechische Grenzstreit.

Am Mittwoch ist in Warschau eine Abordnung aus Arnau eingetroffen, um bei der polnischen Regierung für schnelle Regulierung der polnisch-tschechischen Grenzangelegenheiten einzutreten.

### Die militärischen Übungen sollen abgekurzt werden.

Polnische Blätter melden, daß die Militärbehörden eine Verkürzung der Zeit der militärischen Übungen der Reserveeinheiten planen.

### Die Prägung von Metallmünzen.

Wie die „Gazeta Warszawska“ meldet, daß die Privatprägung von Metallmünzen demnächst beginnen soll. Leiter der Münzammer soll der bisherige Direktor des Probieramtes, Alexandrowicz werden. In diesen Tagen soll ein Wettbewerb für die Münzmuster ausgeschrieben werden.

### Das Verfahren gegen den Mörder des Metro-politen Georg.

Am dritten Verhandlungstage im Prozeß gegen den Mörder des Metro-politen Georg hatte die Verteidigung das Wort. Sie beantragte u. a. die Vernehmung von weiteren drei Zeugen und eine Feststellung über die geistige Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten. Der Staatsanwalt widersetzte sich diesen beiden Anträgen nicht. Der Angeklagte hat selbst um die Todesstrafe, da seine

Konkurrenz das Getöse nicht ertragen könne. Das Urteil lautete dahin, daß infolge von Zweifeln hinsichtlich der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten und der Unmöglichkeit, ihren Stand in der Hauptverhandlung festzustellen, die Angelegenheit einem gewöhnlichen Gericht zur Prüfung überwiesen wird. Dieses Urteil wird im Saale Senation herab.

### Die polnischen Sozialisten sind gegen ein Zusammengehen mit den Kommunisten.

Der „Robotnik“ veröffentlicht die Antwort der Sozialisten auf die Aufforderung der kommunistischen Partei in Polen, gemeinsam mit den Kommunisten den 1. Mai zu begehen und eine Kampfwache gegen den Militarismus und Faschismus zu veranstalten. Der „Robotnik“ lehnt im Namen der Sozialisten das Ansinnen der Kommunisten ab, bezeichnet sie als Verherrlicher des sowjetischen Militarismus und weist darauf hin, daß heute in Europa keine sozialistische Partei mehr für eine gemeinsame Front mit den Kommunisten sei.

### Die Feuerung in Warschau.

In der Dienstsitzung des Finanzhaushaltsausschusses der Warschauer Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, den Straßenbahnmarkt für den Tag auf 1000 M. und den Nachmarkt auf 2000 M. zu erhöhen. Der Beschluß bedarf noch der Bestätigung durch das Plenum der Stadtverordnetenversammlung.

## Wirtschaftsfrage in Oberschlesien.

Oberschlesien steht unmittelbar vor einer schweren wirtschaftlichen Krise. Einige Betriebe Polnisch-Oberschlesiens haben bereits Arbeitskürzungen vorgenommen, weitere sollen folgen. Die Bismarckhütte hat ihrem Betriebsrat mitgeteilt, daß sie eventuell im Laufe der nächsten Woche gezwungen sein wird, nur zwei bis drei Tage in der Woche arbeiten zu lassen. In einigen Betrieben der Bismarckhütte müssen bereits jetzt die Arbeitszeiten eingelegt werden. Die Betriebsleitung beabsichtigt, die Arbeitszeit auf 8 Stunden die Schicht herabzusetzen oder Sonnabend eine Freischicht einzulegen. Circa 2000 Arbeiter werden durch diese Maßnahme betroffen, zu der sich die Generaldirektion veranlaßt sieht, weil gar keine Aufträge vorliegen und bereits eingegangene zurückgezogen werden. Die Wirtschaftslage der gesamten Industrie ist sehr traurig. Die der Kattowitzer Aktiengesellschaft gehörige Martinshütte sowie die Baulbonhütte haben ihren Betriebsräten ähnliche Erklärungen wie die Bismarckhütte gegeben. Die Wirtschaftskrise ist darauf zurückzuführen, daß die Abnehmer der ober-schlesischen Produkte ihren Bedarf mit tschechischen Waren decken, die sich trotz der Ein- und Ausfuhrzölle um 10 Prozent billiger stellen als die ober-schlesischen Produkte. Bis jetzt sind nur die Eisenhütten von der Krise bedroht. Eine Liquidierung der Ruhrregion würde Polnisch-Oberschlesien deshalb zugute kommen, weil die Kohlen nach Deutschland abgeführt werden und Deutschland dafür jeden Preis zahlt. Die Löhne und die Herstellungskosten sind in Oberschlesien so hoch, daß der Absatz unmöglich wird. Die Industrie erträgt deshalb eine Herabsetzung des Prozentatzes der Kohlensteuer. Dafür verlangt die Warschauer Regierung eine Herabsetzung der Kohlenpreise durch die Kohlenkonzeption. Das macht einen etwa 30prozentigen Lohnabbau aus. Wie dieser Lohnabbau von der Arbeiterschaft aufgenommen wird, ist vorläufig nicht zu sagen; man wird sich wahrscheinlich mit allen Mitteln dagegen wehren. Die Regierung beabsichtigt jedoch auch mit Gewalt den Lohnabbau zu erzwingen, wenn die Kohlenpreise heruntergehen. Beides, Lohnabbau und Krise, ist ein zweischneidiges Schwert.

Das in Warschau erscheinende Blatt „Journal de Pologne“ hat diese Tatsache dazu benutzt, die öffentliche Meinung irreführen und Stimmungsmache zu treiben. In diesen Tagen brachte diese Zeitung einen Artikel mit unrichtigen Angaben. In diesem Artikel heißt es zum Schluß: „Der hohe Preis hat seine Ursache in der Absicht der ober-schlesischen Industriellen, den Verkauf ihrer Kohlen an die polnische Industrie zu erschweren, um den Export der Kohlen nach Deutschland zur Erleichterung der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen Lage steigern zu können. Diese Taktik der schlesischen Erbenbesitzer ist eine rein politische und zielt dahin, Deutschland auf Kosten Polens zu begünstigen. Man hat sogar dafür Beweise, daß die schlesischen Industriellen die Kohlen nach Deutschland billiger verkaufen, als zu den für Polen festgesetzten Preisen, und daß sie nach Deutschland etwa 90 Prozent der gesamten Kohlenproduktion absetzen.“

Diese Angaben sind falsch, und jeder, der die Verhältnisse kennt, wird über eine solche Art, in wirtschaftlichen Dingen die Unwahrheit zu sagen, den Kopf schütteln. In den Angaben des Artikels sind selbst die angeführten Preise falsch. Der Preis für ober-schlesische Grobblei ist nicht, wie angegeben, 245 000 Mark je Tonne, sondern 242 500 M., und Dombrowaer Kohle kostet inkl. Steuer nicht 170 000, sondern 170 000 M. je Tonne. Diese größere Spanne zwischen den beiden Revieren ist wohl richtig, ist jedoch in der höheren Kohlensteuer zu suchen. In Oberschlesien beträgt die Steuer 40 Prozent und 2 Prozent Umsatz,

und da die Erhebung des Umsatzes von der Kohlensteuer gleichzeitig mit erfolgt, ergibt sich eine Steuerbelastung von 44 Prozent, während die Dombrowaer nur mit 25 Prozent belastet ist. Im Krakauer Revier ist die Steuer sogar nur 12 Prozent. Ferner sind die ober-schlesischen Arbeitslöhne erheblich höher als die im Dombrowaer Revier.

Ebenso falsch wie die Angaben sind auch die gezogenen Schlüsse. Wenn aber Kohle ins Ausland kommt, so liegt das daran, daß in Polen selbst dieser große Bedarf gar nicht herrscht. Daß nach Deutschland 90 Prozent Kohle geliefert werden, ist eine durch-sichtige Übertreibung. Es gingen vielmehr im Januar 1923 des steuerpflichtigen Abzuges insgesamt 47,6 Proz. nach Polen, 17 Proz. nach dem Ausland und 35,94 Proz. nach Deutschland. Daß Deutschland die Kohle billiger erhält, ist ebenfalls unwahr. Es wird derselbe Preis, und zwar 242 500 M. verlangt und gezahlt.

In den letzten Wochen haben sich die Absatzverhältnisse stark verschlechtert, so daß größere Halbenbestände vorhanden sind. Dies liegt aber nicht nur an dem großen Vorrat an Kohle, sondern auch an dem wirtschaftlichen Stillstand überhaupt, der jetzt durch die Ruhrbesetzung eingetreten ist. Also letzten Endes ist der große Freund des Landes Frankreich, an dieser Wirtschaftskrise schuld, — und darum ist der Artikel des „Journal“ allzu verständlich.

Daß die Kohle so teuer ist, muß freilich bedauert werden. So hat die ober-schlesische Industrie Anfang März, anlässlich der Einführung der Kalibrierung in poln. Mark, freiwillig die Preise um 4000 M. poln. herabgesetzt und die letzte 10prozentige Lohn-erhöhung auf ihre Schultern genommen, ohne die Kohlenpreise zu erhöhen. Diese Maßnahmen bedeuten an sich eine Ermäßigung um 14 Proz., die aber getragen werden mußte, wenn die ober-schlesische Kohlenindustrie konkurrenzfähig bleiben wollte. Soll die Kohle verbilligt werden, so müßte auch die hohe Kohlen-steuer abgebaut werden.

Die ober-schlesische Wirtschaftslage so einfach aus dem Hand-gelenk den Deutschen in die Schuhe zu schieben, ist freilich keine große Kunst, und wenn das „Journal de Pologne“ sich einmal genauer mit dem Wirtschaftsleben in Oberschlesien befassen wollte, so müßte es seinen arroganten Standpunkt bald revidieren. Wird der ober-schlesischen Industrie das Interesse nicht entgegengebracht, das sie fordern darf und im Interesse der Wirtschaft fordern muß, so wird die Krise nur noch größer werden, und die gesamte Wirtschaft wird durch die Steigerung der Preise ins Stoden geraten.

Anstatt mit Sekundärlinien Stimmungsmache zu treiben, sollte man mit nüchternen Augen in die Wirklichkeit sehen, und das bevor es zu spät ist.

### Gerüchte von einer Putz- und Kohlenfabrik in Oberschlesien.

Eine Kattowitzer Meldung vom Mittwoch lautet: Wegen der in Oberschlesien kursierenden Gerüchte über einen bevorstehenden Putz- und Kohlenmarsch ins Nachbarland begeben sich am Sonnabend die Senatoren und schlesischen Sejm-geordneten Szejewski von der Katholischen Volkspartei und Maher von der Deutschen Partei, sowie der Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes Abgeordneter Ullrich zum Wojewoden Schultis. Der Wojewode erklärte in bündiger Form, daß an den Gerüchten, soweit sie die polnische Seite betreffen, nichts Wahres sei. Die Polizei sei angewiesen, jegliche Unruhen zu verhindern.

### Terroristische Anschuldigungen gegen die Deutschen.

Wie der „Ober-schlesische Kurier“ meldet, war der im Kreise Schmitz-Lohmeyer lebende Ort Eintrachtshütte am Sonn-abend Schauplatz eines blutigen Terrors gegen die Deutschen. Der polnische Bestmartenverein hatte zu Sonnabend eine Versammlung in den Saal des Hütten-gasthauses einberufen, als deren Thema „Auflösung über die Minderheitsfrage“ angegeben war. Als Redner war ein aus-wärtiger Herr vorgesehen, dessen Name nicht bekannt gegeben war. Besondere schriftliche Einladungen waren an alle Eltern ergangen, die Anträge für die deutsche Minderheitschule gestellt hatten. Kurz vor Beginn der Versammlung rückte in den Ort Eintrachtshütte aus der Richtung Friedlandshütte, in Gruppenkolonne formiert, singend und Knüttel schwingend, eine Bande von etwa 100 Mann ein. Diese besetzten das Hütten-gasthaus und das Versammlungslokal. Nach etlichen Schreien gegen deutsche Schulen, deutsche Sprache und deutsche Zeitungen, wobei sich besonders der ehemalige Bergmann und jetzige Gemein-de-sekretär Dr. Karbach herbot, wurden die Namen derjenigen Eltern verlesen, die ihre Anträge für die deutsche Minderheitschule noch nicht zurückgezogen haben. Die Verlesenen wurden im weite-ren Verlauf der Versammlung von einzelnen Personen her-ausgeholt und draußen verprügelt. Einige Ein-trachtshütter Polen wiesen mit dem Finger auf den Betreffenden, und sofort stürzten sich die Terroristen auf ihn und bearbei-teten ihn in unmenschlicher Weise mit Messer und mit Gummiknüppel. Dieser Mißhandlung wurde eine große Anzahl Personen unterworfen. Schwer verletzt wurde von diesen das frühere Betriebsratsmitglied der Eintrachtshütte, Dlugi, dessen Zustand lebensgefähr-

## Frau Else.

### Die Geschichte einer Ehe.

Von A. v. Rohrscheidt.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Du verräts praktische Talente heute abend,“ neckte er. „Mama soll sich plagen, und Du willst nur lesen, singen, träu-men. Sehr hübsche Einteilung und recht bequem für Dich ausgedacht!“

„Ich glaube mehr in liebevoller Nächstlichkeit für Mama aus-gedacht,“ kam Rainer seiner Schwägerin zu Hilfe. „Ohne Wirtschaft wäre ihr Lebensnerv unterbunden. Ich erkenne ihre Tüchtigkeit und ihren Fleiß auch von ganzem Herzen an, aber mir fehlt doch immer etwas, wenn ich längere Zeit bei ihr bin. Natürlich ist sie des Abends todmüde, schläft im Sessel ein oder legt Karten, während ich mich nach Musik oder einer gemeinsamen Unterhaltung sehne.“

Else nickte ihm zu. „Das habe ich auch stets empfunden. Etwas weniger gut essen und etwas mehr geistige Anregung würde mir Deutsch-Steine noch lieber machen.“

„Natürlich seid Ihr wieder derselben Ansicht,“ lachte Hans-Otto. „Ihr erlabt Euch am liebsten in Mondschein und schwärmerischem Singang, ich bin für derbere Dinge. Es ist zu spaßhaft, wenn man einen von Euch beiden sprechen hört, weiß man genau, was der andere denkt, und dabei kennt ihr Euch doch erst so kurze Zeit.“

Else, die noch immer geduldig in der unbehaglichen Stel-lung aushielt, zu der der eheherrliche Arm sie zwang, hob ihre gesenkten Augenlider: ihre Blicke prüften die beiden un-gleichen Brüder.

Erst kürzlich hatte sie den Schwager kennen gelernt, den ein Kommando einige Jahre im Auslande festgehalten hatte. Er war jetzt auf Kriegsakademie und zu Sommers Ausgang, wie üblich, drei Monate zu einem Kavallerieregiment kom-mandiert.

Auf des Älteren Wunsch hatte er dasjenige gewählt, in dem der Bruder stand. Hans-Ottos Einladung, die Zeit über

bei ihm zu wohnen, hatte die junge Frau zuerst etwas er-schreckt, aber vom ersten Augenblick des Sehens an war ihre Furcht verschwunden. Kein störendes Element war mit Rainer ins Haus gekommen; sie meinte, daß ihr noch niemals jemand mit so starker brüderlicher Herzlichkeit entgegengetreten wäre; sie empfanden sehr ähnlich, oft genügt ein Blick, um sich zu verstehen. Die Abendstunden, in denen sie gemeinsam musi-zierten, waren Else eine langentbehrte Quelle reinsten Ge-nusses.

Rainer hatte im Verkehr mit Frauen stets den Ton zarter Ritterschlichkeit, der sie an die Art des so heiß geliebten, nie ver-gessenen Vaters erinnerte, während ihr Mann im häuslichen Kreise mehr für ein recht bequemes Sichgehenlassen war und ihre Mimosenatur gern verpötte.

Beide Brüder waren gleich groß; Hans-Otto athletisch gebaut, der Jüngere gertenschlank. Dem bräunlichen Gesicht mit den scharfgeschnittenen Zügen stand der rote Kragen der Garde-Infanterie-Uniform gut.

Auf diesem Kragen ruhten des Rittmeisters Blicke jetzt mit unerkennbarer Mißbilligung.

„Das einzige Mal, daß ich mit der Mama uneinig war,“ sagte er, „war damals, als sie Dich nicht bei meinem Regiment einretren lassen wollte. Ein Riegeleben Infanterist! Noch nicht dagesewen! Vielleicht läßt es sich jetzt noch verbessern; der Oberst wäre nicht abgeneigt, Deine Versetzung zu be-stätigen, er freut sich immer über Dein schneidiges Reiten.“

„Sehr freundlich gemeint,“ entgegnete Rainer, „aber es steht der guten Absicht noch derselbe Grund entgegen wie vor acht Jahren. Die jüngeren Söhne der Majorate haben nicht die genügende Zulage für teure Kavallerieregimenter.“

„Unfinn!“ brummte der Rittmeister, seine Zigarrenasche ab-streifend, „Du kannst jeden Tag von mir die Zulage in ge-wünschter Höhe haben. Gezank habe ich mich damals mit Mama, daß sie es nicht annehmen wollte, unter Brüdern gibt es kein Mein und Dein.“

„Und doch hatte Mama ganz recht, so hartes mir auch zuerst erschien, auf Pallaß und Sporen zu verzichten, die jeden jungen Menschen verlocken. Was ich nicht besitze, soll

ich mir erwerben, aber nicht schenken lassen. Vielleicht hätte mir auf die Dauer das Leben in der kleinen Garnison gar nicht zugefugt. Ich hänge doch sehr an der Großstadt und liebe mein Regiment, das ich jetzt mit keinem anderen ver-tauschen möchte. Du tust schon genug für mich! Daß ich immer eins Deiner schönen Pferde in Berlin habe, ist mein größter Lebensgenuß und eine tägliche Freude, für welche ich Dir von Herzen dankbar bin.“

„Dabei mache ich noch meist ein sehr gutes Geschäft,“ lachte der Ältere. „Weil Du solch eleganter Reiter bist, ver-laufst Du mir die Tiere zu hohen Preisen. Nun, hier steht Dir alles zur Verfügung, was ich habe, meine Vollblutpferde, meine Jagd und der Weineller. Was mein ist, ist auch Dein!“

„Ich danke Dir, mein lieber Dider,“ sagte Rainer freund-lich. „Von den beiden ersten mache ich lieber Gebrauch als von letzterem. Der Kopf muß immer klar bleiben.“

„Du bist eine Strebernatur, und die „himbeerfarbenen“ sind Dir mal sicher. Wenn Du dann eine junge Erzellenz bist, sühne ich mich vielleicht noch mit dem Infanterietragen aus... Hier geblieben, Else! Wo willst Du denn ihn?“

Die junge Frau hatte schon mehrmals vergeblich ver-sucht, aufzustehen, das leise Weinen einer Kinderstimme ließ sich hören. Die Fenster des Kinderzimmers standen offen, und das laute Sprechen auf der Veranda mochte den kleinen Schläfer stören. Erst war es ein leises Klagen wie das eines träumenden Vögelchens, aber jetzt drohte es aus Moll in Dur überzugehen.

„Wölschen weint,“ sagte die junge Mutter.

„Das höre ich, laß ihn nur schreien, es ist noch gar nicht seine Zeit.“

„Aber er schreit Anemini wach, und dann haben wir ein Doppelkonzert.“

„Wenn das große Mädel brüllt, komme ich mit der Reit-peitsche.“

„Damit drohst Du ihr jedesmal und steckst ihr nachher den Mund voll Schokolade!“

(Fortsetzung folgt.)



# Die Verhandlungen über Memel.

Eine Pariser Meldung bestätigt, daß die dortigen Memelland-Verhandlungen nach einer Einigung über die Autonomie und die Passfrage vertagt worden sind. Es sollen baldige weitere Verhandlungen über das Zollwesen und die Finanzen in Memel stattfinden. Die Memeler Kommission ist von Paris am Sonntag abgereist.

## Memels neuer Posttarif.

Am Montag wurde in Memel der neue Post- und Telegraphentarif für das Memelgebiet veröffentlicht. Der vom 16. April ab gilt. Danach werden Deutschland und Danzig nicht wie bisher als Inland, sondern als Ausland betrachtet. Ein gewöhnlicher Brief im Inlandsverkehr (Memel und Ostauen) 15 Cent. Auslandsbriefe bis 20 Gramm 30 Cent. für jede weiteren 20 Gramm 15 Cent. Postkarten im Inlandsverkehr 10 Cent im Ortsverkehr 5 Cent und nach dem Auslande 18 Cent, ein Ferngespräch nach Königsberg 1½ bis (1 bis gleich) ein Beutel (Postkarte) nach Berlin 4 bis im Ortsverkehr 200 Mark.

# Nach der Rede des deutschen Außenministers

Die Ruhrbilanz von drei Monaten. — Was England sagt. — Eine französische Ministerkonferenz in Gen. — Die Debatte im Reichstag. — Gefolgshaft der Parteien. — Die Presse zur Rede v. Rosenbergs.

Poincaré hat in seiner Dänischener Rede den Versuch gemacht, einmal Frankreich als das unschuldige Opfer der deutschen Aggressionen hinzustellen. Poincaré glaubt, daß durch die angedrohte Wiederherstellung einer Unwahrheit zur Wahrheit werde. Die französische Imperialismus ist ja seit dem XIV. Ludwig unermesslich gewesen und bildete dauernd den eigentlichen Grund der Störung des europäischen Friedens. Seine Verdrehungen der Geschichte werden bei geschichtsfundigen Engländern, auf die es ja ankommt, um den Mord zu erklären, nur das Gegenteil von dem hervorbringen, was beabsichtigt werden soll. Bei Poincaré handelt es sich nicht um Reparation und Wiederaufbau, — es handelt sich bei ihm um die Vernichtung Deutschlands. Auch in Frankreich beginnt man die Niederlage immer deutlicher einzusehen, von der englischen Presse ganz zu schweigen. Über die Besetzung des Ruhrgebietes schreibt zum Beispiel die „Echo National“: „Auf Grund der unangenehmsten Form, in der sie durchgeführt worden ist, hat sie weder Geld, noch Kohle, noch Koks eingebracht. Wenn man sie anders angefaßt hätte, hätte sie viel ergeben können. So durchgeführt, wie sie durchgeführt worden ist, konnte sie nicht mehr ergeben. Daß Poincaré unter diesen Umständen, anstatt eine Mitleid zu betreiben, eine Vermittlung nach England schickt, ist auf Grund alter Reparationspläne zu verhandeln, und daß dieser Vermittler ausgerechnet Louchet ist, das gibt zu denken. Schon bei der letzten Sitzung der Kammer hat der Ministerpräsident gesagt, daß er mehr Wert auf Verhandlungen legt. Es läßt sich nicht verheimlichen, daß die Mission Louchets einem Eingeständnis der Entmutigung gleichkommt. Darüber führt dann weiter, daß Poincaré den Eindruck hinterlassen habe, er werde der Politik der Wiederaufrichtung, als deren Vorkämpfer er sich hinstellt, ein Ende machen. Das hätten von ihm nicht die Millionen von Franzosen erwartet, die seinen Versprechungen vom Ruhm trauten, und auch diejenigen nicht, die vor drei Monaten ihm gestimmt hätten. Es sei notwendig, daß die Sachlage geändert werde, da die Auffassung, als ob die Mission Louchets in London fehlgeschlagen ist, auch in anderen französischen Kreisen vorherrsche.“

Einige Wahrheiten anderer Art sind in englischen Blätter zu finden. „Daily Chronicle“ veröffentlicht einen Bericht eines Sonderberichterstatters aus Düsseldorf über die Lage im Ruhrgebiet. Der Berichterstatter schreibt über die Erfolge des Kohlenkrieges, den die Franzosen dort führen: „Da den Franzosen Schaufeln und Koksabzeln fehlen, mußten sie häufig genug den Koks mit der Hand verladen, ein ebenso langsames, wie schließlich auch recht peinliches Verfahren. Infolgedessen ist Frankreich und Belgien im Laufe des März bedeutend weniger Brennstoffe erhalten als an einem Tage vor dem Einmarsch, etwa 38.000 Tonnen. Es ist also unmöglich, zu behaupten, daß die Lage Frankreichs sich gegenüber den vergangenen Wochen gebessert habe. Die Strafen für Industrielle und Arbeiter, Verhaftungen gegen ganze Städte, Drohungen und Bestrafungen, die Einführung der Eisenbahntreue und hundert militärische Verbrechen haben nichts erreicht. Die Gräueltat der Entführung der Kohlen- und Koksbeschlagnahme ist vier Wochen alt, und die Ergebnisse sind durchaus unzureichend. Das Ganze ist ein Reiz in Mißfolgen. Keiner von den Leuten mit denen wir sprach, zweifelt daran, daß die Deutschen an der Ruhr den Winter, den Sommer und den Herbst durchhalten werden. Und schließlich ist jeder von ihnen völlig davon überzeugt, jeder hält das für selbstverständlich.“

Während hier solche Stimmen zu hören sind, ertönen von der Presse des Herrn Poincaré andere Schallmeisen. So wird jetzt über den Besuch der drei französischen Minister viel geschrieben. Sie auf ihrer Fahrt durch das Ruhrgebiet „die besten Eindrücke“ erhalten haben. Nach einem Bericht der „Information“ haben die Herren Le Troquer und Maginot, begleitet von Berichterstattern, im Automobil von Düsseldorf den ganzen westfälischen Ruhrbezirk ab. Sie „inspizierten“ den Rhein-Herne-Kanal und ein Duzend großer Werke und lehrten am Abend befriedigt nach Düsseldorf zurück. Das Tempo war so gewaltig, daß die Presse nicht überall mitkam. Der Korrespondent der „Information“ schreibt, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, so rasch zu fahren, wie die Minister „kontrolliert“ haben! Inzwischen hat der Finanzminister die Lasten der südliche Gebiete besucht und dort jeden kleinsten Zollwächterposten „kontrolliert“. Es wurde festgestellt, daß die französischen Beamten mit Arbeit überlastet sind, daß ihre Zahl ergänzt werden muß und daß für freiwilligen Arbeiten Belohnungen ausbezahlt sind. Diese Belohnungen sind das Einzige, was die Herren Minister „auszuheben“ hatten. Sonst geht alles vortrefflich, obwohl der Sachverständige der „Information“ einige kleine Bemerkungen nicht vermag. Nach seinen Informationen sind vom 25. März bis jetzt 28 Werke mit 60 Hebekränen in den Dienst der Besatzung gestellt. Am 14. April wurden 7440 Tonnen Koks fortgeschafft und außerdem 2430 Tonnen Kohle. Außer den von Franzosen und Belgiern besetzten Werken gibt es noch eine Anzahl, die nicht besetzt sind, aber kontrolliert werden. Die Halben, die nur von den Deutschen abgeräumt werden können, sind angeblich nur noch gering an Zahl. Nach offiziellen Versicherungen (der Korrespondent betont besonders das Wort „offiziell“) soll im übrigen täglich so viel Koks abtransportiert werden, wie vor der Besetzung. (??) „Wir wollen es hoffen“, heißt der Korrespondent hinzu. Dann aber fährt er fort: „Wir können es uns aber nicht verhehlen, daß wir höchstens drei oder vier Monate lang Koks von den Halben nehmen können, und daß dieser Koks nicht sehr gut ist. Was soll denn geschehen? Wenn Deutschland inzwischen nicht nachgegeben hat, müssen wir auf das Programm zurückkommen, das 1920 für uns vorgeschrieben wurde: Hunderttausend Soldaten, 700 Ingenieure, entsprechende Vermehrung des Arbeitsmaterials. Wenn das Reich uns dazu zwingt, wird dies alles geschehen. Vorläufig ist es nicht, daß die Bevölkerung hier sehr leidet. Man erklärt mit philosophischer Ruhe, daß Deutschland sich bis zum Winter gut halten kann, daß die Mark je nach Bedarf zum Stricken oder Sticken gebracht werden dürfte, kurz, daß man keine Angst habe. Aber schließlich könne Frankreich auch warten.“ Der Korrespondent bedauert am Schluß seines Berichts, daß dieses „prachtvolle Land, das ein Interpass des Friedens und des Glücks für

zwei Völker werden könne, jetzt durch den Eigensinn der deutschen Industriellen zum Trümmerhaufen gemacht wird.“ Man darf dabei wohl fragen: Und der Eigensinn Poincarés? Die weiteren Berichte melden, daß auch der belgische Kriegsminister de Bece mit seinem Stabe in Düsseldorf eingetroffen ist und dort ein Gespräch mit seinen französischen Kollegen gehabt habe. Wichtige Beschlüsse seien gefaßt worden, welche in den nächsten Tagen den beiden Regierungen unterbreitet werden sollen. Heute abend kommen sämtliche Minister zu einer Beratung in Gen zusammen.

Die Debatte im Reichstag über die Rede Rosenbergs ergab die volle Gefolgshaft aller Parteien. Als Vertreter der Demokraten sprach Abg. Ostheim, der etwa folgendes ausführte: Über die Forderung, das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen zu räumen, könne es keine Diskussion geben, ebensowenig über den Plan einer internationalen Kontrolle dieses Gebiets durch den Völkerbund. Was das bedeutet, haben wir im Saargebiet erlebt. Deutschland hat die Verpflichtung zu Verhandlungen oft genug gezeigt. Der Außenminister hat die konkrete Grundlage dadurch geschaffen, daß er das letzte Bergmannsangebot als solches ausdrücklich aufrechterhalten hat. Ehe wir aber am Verhandlungstisch sitzen, würde die Nennung einer bestimmten Summe gar keinen Zweck haben. Wenn wir heute eine bestimmte Summe nennen würden, so wäre gar keine Gewähr dafür geboten, daß wir sie auch leisten können. Eine solche Abmachung müssen die internationalen Finanzkreise vornehmen, die die deutsche Schuld in Form einer Anleihe decken sollen. Die geforderten Vorschläge des Außenministers sind schon ein durchaus brauchbares Angebot für Verhandlungen. Für die Forderung der Reparationsanleihe kann der Grundbesitz nicht allein herangezogen werden, wenn er auch dazu beitragen soll. Mit jedem Tage der Verlängerung der Ruhrbesetzung vermindert sich für Frankreich die von Deutschland erreichbare Kohlenmenge. Frankreichs Industrie ist aber auf deutschen Koks angewiesen. Die notwendige Verbindung der deutschen Kohle mit dem französischen Erz wird gestört durch den französischen Militarismus.

Als Vertreter der Deutschen Volkspartei spricht Abg. Dr. Stresemann: Der Minister hat durch seine Rede die aktive Politik der Regierung in günstiger Weise fortgeführt. Gewiß könne eine endgültige Leistung heute ziffernmäßig nicht abgeschätzt werden, wohl aber könne man zugunsten legen die in Paris nicht genannte garantierte Summe, zu deren Verzinsung sich Deutschland bereit erklärt habe, und die in Frage kommenden Nachzahlungen durch ein internationales Sachverständigenkonfession nachprüfen zu lassen, was auch Bonar Law auf der Pariser Konferenz empfohlen habe. Deutschland weiß, daß ein Kampf der Alliierten gegeneinander noch immer auf seinem Rücken ausgefochten werden ist. Aber warum soll eine Einigung über die Verwendung deutscher Zahlungen für Frankreich und Belgiens Wiederaufbau nicht eine Realität werden? Frankreich und Deutschland sollten beginnen, wirtschaftlich miteinander zu leben, wenn auch das politische Auseinanderleben durch die französische Politik zerstört wird. Deutschland kann sein Budget erst dann in Ordnung bringen, seine Währung erst dann endgültig stabilisieren und ein Höchstmaß von Leistungsfähigkeit erzielen, wenn ihm endlich die endgültige Grundlage für sein wirtschaftliches und politisches Leben gegeben wird. Für eine solche endgültige Leistung wird die deutsche Regierung das größte Opfer bringen. Für die Freiheit und Selbstständigkeit Deutschlands, die darin liegt, würde Industrie, Finanz und Landwirtschaft die äußerste Leistung für die deutsche Verzinsung übernehmen.

Auch die Presse hat sich nunmehr zu der Rede des deutschen Außenministers geäußert. Vor allen Dingen beschäftigt sich die Berliner Presse sehr stark mit dieser Rede, die durchweg günstig beurteilt wird. Auch der „Vorwärts“ läßt nur sehr gedämpfte Kritik. Den breiten Raum in seiner Besprechung der Reichstagsdebatte nimmt die Unterstützung des von dem Abgeordneten Müller vorgetragenen Wunsches ein, daß die Regierung ein Angebot machen solle. „Wir wollen nicht die Kapitulation, und darum sind wir für Verhandlungen, für Verhandlungen zwischen Aufrechten.“

Der „Berl. Börsen-Courier“ bezeichnet als das Wichtigste an der Rede des Außenministers, daß sie Kraftgefühl bewiesen habe. Die Rede werde von fast allen Parteien günstig aufgenommen, weil alle in ihr den Ausdruck des Willens zu einer aktiven Politik zu erkennen glauben.

Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß sich nirgendwo eine Opposition bemerkbar gemacht habe. „Jeder, der hören und sehen will, sieht hier ein klar umrissenes, wenn auch elastisches Verhandlungsprogramm Deutschlands.“ Nach der „Berliner Vörsenzeitung“ vermittelte die geistige Rede des Außenministers „den erfreulichen Eindruck, daß man in ihm einen Mann und Politiker sehen darf, der das ihm anvertraute Tätigkeitsfeld überblickt. Inwieweit durch Worte im gegenwärtigen Augenblick überhaupt irgend etwas getan werden kann, konnte man mit Befriedigung feststellen, daß Herr von Rosenberg die Frage „Verhandlung oder nicht?“ entschieden klar und doch auch mit der Bedachtsamkeit erörterte, die trotz dem „Vorwärts“ zur Stunde noch immer geboten ist.“

Der „Tag“ sagt, daß ein so klares Deutsch im Reichstag seit der Revolution noch kein Minister des Auswärtigen gesprochen habe. Das Blatt bezeichnet als das Fazit dieser Regierungserklärung, daß unter dem Druck der französischen Wajonette Angebote und Verhandlungen nicht möglich sind.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ heißt es, daß der Minister einen vollen Erfolg erzielt. „Die Rede war gut gegliedert und logisch durchdacht; in ihrer Refutation der Vergangenheit wirkte die großen Linien herausarbeitend, in ihrer Polemik gegen Poincaré scharf und deutlich, ohne überflüssig zu sein.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt ihre Bemerkungen über die „durchweg glänzend formulierte, staatsmännische und von warmem vaterländischen Gefühl durchflutete Rede“ mit den Sätzen: „Eine entschlossene Abkehr von der Augenblickspolitik, die uns von Katastrophe zu Katastrophe geführt hat, war es, wenn der Außenminister zum Schluß seiner Ausführungen die Mah-

nung an das deutsche Volk richtete, nicht, um augenblicklichen Schwierigkeiten zu entgehen, die Zukunft preiszugeben und deshalb weiter standhaft auszuharren.“

Die „Deutsche Zeitung“ erklärt sich mit dem Grundton der ganzen Rede einverstanden. Sie kritisiert, daß der Außenminister zur Besonnenheit gemahnt hat. „Das deutsche Volk braucht nicht zur Besonnenheit ermahnt zu werden, es läßt ihm im Gegenteil sehr gut, wenn es aus seinem Beruhigungsschlaf, in den es seit einigen Wochen wieder versunken ist, einmal gründlich wachgerüttelt würde.“

Die „Kölnische Zeitung“ behauptet, die Cuno-Regierung treibe kenerlos und gedankenlos vor dem Winde. Alle diese Erklärungen seien „rein für die Katz“.

Nach dem „Temps“ macht die Rede des Ministers v. Rosenberg den Eindruck der Ratlosigkeit. Deutschland fühle die Notwendigkeit, mit Frankreich zu verhandeln, und einige deutsche Zeitungen (der „Temps“ nennt den „Vorwärts“ und die „Frankfurter Zeitung“) drängten die deutsche Regierung dazu, endlich Angebote zu machen, aber nach reiflicher Überlegung habe das Kabinett Cuno beschlossen, nichts zu bieten. Es sei nicht Aufgabe der französischen Presse, deutschen Ministern politischen Unterricht zu geben; nur einige, von den anderen französischen Zeitungen nicht entdeckte, Irrtümer seien festzunageln. Irrtum Nr. 1: Der Minister v. Rosenberg habe gestern den Vorschlag erwähnt, den Herr Bergmann im Januar vorlegen sollte. Der „Temps“ stellt fest, daß diese Vorschläge dem Ministerpräsidenten Poincaré nicht bekannt gewesen seien, und daß er sie deshalb den anderen Verbündeten nicht mitteilen konnte. Darauf ist zu antworten: Der „Temps“ vertritt nach seiner Methode diese längst zu ungünstigen Poincarés aufgeklärte Angelegenheit, die erst noch kürzlich von Herriot sehr höflich als „Mißverständnis“ bezeichnet wurde. Zweiter Irrtum: Der Minister v. Rosenberg hat den Vorschlag in großen Zinnen mitgeteilt, aber der Plan ist nach der Meinung des „Temps“ vollkommen ungenügend und nur dazu bestimmt, eine Diskussion zwischen den Verbündeten herbeizuführen. Darauf ist zu erwidern, daß ein großer Teil der Morgenblätter die Meinung des „Temps“ nicht teilt. Dritter Irrtum: Herr von Rosenberg ist der Ansicht, daß die Politik Bismarcks gegenüber Frankreich gemäßigter gewesen sei als die der Franzosen beim Einmarsch in das Ruhrgebiet, und daß Deutschland bei dieser Besetzung ein Opfer sei. Von all diesen Dingen ist nach der Meinung des „Temps“ das Gegenteil wahr. Darauf läßt sich allerdings nicht antworten, wenigstens nicht, wenn man unhöfliche Worte zu vermeiden wünscht. Vielleicht hält es der „Temps“ für eine Wohltat, daß deutsche Menschen mitten in Frieden aus ihrer Heimat vertrieben, ins Gefängnis geworfen und erschossen werden? Der „Temps“ schließt: „Die Regierung verfolgt ihre Politik weiter. Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als abzuwarten, wohin die Reise geht.“ Fast die gleichen Sätze standen vor kurzem in anderen französischen Zeitungen — aber sie galten der Politik Poincarés.

Der Berliner Vertreter des „Mattino“ und der „Stampa“, Dr. Paolo Monelli, hebt hervor, daß Rosenbergs Rede zwar ein großer persönlicher Erfolg des Ministers gewesen sei, doch werde die Rede im Ausland Enttäuschung und Staunen hervorrufen. Enttäuschung, da sie keinen neuen konkreten Vorschlag enthalte, Staunen, wegen des ungewöhnlich herben und aggressiven polemischen Tones gegen Poincaré. Die Rede werde jedenfalls nicht zur Lösung des Ruhrkonflikts beitragen.

Der „Nuovo Paese“ meint, die Erklärungen Rosenbergs würden die Lage in den Zustand der Unbeweglichkeit zurück. Es werde immer offensichtlicher, daß die Ruhrbesetzung keineswegs geeignet sei, Deutschlands Widerstand zu biegen. Inzwischen nehme die wirtschaftliche Krise zu. Der Berliner Vertreter des „Messaggero“ stellt die große Aufmerksamkeit und lebhafteste Zustimmung zur Rosenberg-Rede im Reichstag fest.

## Aus den Sowjetgebieten.

### Ein allrussisches Kirchenkonzil.

Sonntag sollte in Moskau in der großen Erbskerkathedrale das Kirchenkonzil zusammenzutreten, das über weitgehende und zum Teil bereits durchgeführte Reformen im gesamten orthodoxen Kirchenwesen Rußlands beschließen soll. Auf Grund der zu diesem Zweck festgestellten Wahlordnung ist anzunehmen, daß die von der Sowjetregierung unterstützten reformistischen Kirchenströmungen die Majorität auf dem Konzil besitzen werden und die von ihr zu wählende neue Kirchenverwaltung, ob in der Form des erst 1918 wiederhergestellten Patriarchats oder in der eines Kollektivorgans, ausgesprochen regierungsfreundlich sein wird. Das Konzil wird u. a. über eine Neuorganisation der Gemeinden zu beschließen haben, ferner über die Einführung der modernen russischen Sprache im Gottesdienst an Stelle der für die Bevölkerung nur schwer verständlichen alten kirchenslawischen Sprache, sowie über andere, auf eine Reform des Gottesdienstes hinführende Änderungen. Das bisherige Alleinrecht der mönchlichen Geistlichkeit auf die Bischofswürde soll abgeschafft und das kirchliche Erbrecht liberaler gestaltet werden. Des weiteren soll die sozialpolitische Einstellung der russischen Kirche in der von der jetzigen Sowjetfreundlichen Obersten Kirchenverwaltung eingeschlagenen Richtung festgelegt werden, welche als wichtigste Aufgabe des Konzils die „Befreiung der Kirche von der materiellen und geistigen Abhängigkeit von dem Weltkapital und seinen Vertretern“ bezeichnet hat. Da jedoch auch unter den drei reformistischen Gruppen „Lebendige Kirche“, „Kirchliche Wiedergeburt“ und „Apostolische Kirche“ grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten bestehen und ihre Bestrebungen überdies zum Teil als Reizet betrachtet werden, so wird das Konzil voraussichtlich heftige Kämpfe bringen. Seine zurzeit noch nicht überschaubare politische Bedeutung wird dadurch erhöht, daß die Sowjetfreundlichen Gruppen zur Amtstätigkeit des angeklagten Patriarchen Tichon Stellung nehmen und ihm seines Ranges und seiner geistlichen Würde entkleiden wollen.

Die Eröffnung des Konzils wurde auf den 29. April verschoben.

### Um eine ukrainische Nationalkirche.

In Charkow wurde ein Ukrainischer Kongreß der Vertreter der neuen Kirchenströmungen abgehalten. Er hat den Beschluß gefaßt, die griechisch-orthodoxe Kirche der Ukraine, der Rumänien und Galiziens für selbständig zu erklären. Dieser Beschluß soll den ukrainischen Nationalisten das Wasser abgraben, die als eine ihrer wirksamsten Parolen die ukrainische Nationalkirche aufgestellt haben.

### „Vereinigung der Arbeiter mit den Bauern“.

Der in Moskau tagende Kongreß der russischen kommunistischen Partei findet unter dem Losungswort der Vereinigung der Arbeiter mit den Bauern statt. Bisher herrschte in Rußland zwischen Stadt und Land große Abneigung und Mißtrauen. Man erwartet, daß der Kongreß für die russische Außenpolitik von großer Bedeutung sein wird, da sich gegenwärtig in Rußland zwei Richtungen bekämpfen. Die eine drängt nach Zusammenarbeit mit den Bourgeoisiekräften, die zweite läßt sich von strengen Parteileistungen leiten. Davon, welche Richtung die Oberhand nehmen wird, wird vermutlich abhängen, ob sich die Beziehungen Rußlands zu dem Westen entwickeln oder unmöglich sein werden.



**Mozzuchin  
Lisienko**

**Kino „Apollo“**

**Mozzuchin  
Lisienko**

Piekary 17

Fr. Ratajczaka 15

Die Direktion des Apollotheaters hat keine Bemühungen und Kosten gescheut und dieser Tage von den grössten Filmfabriken eine Serie von weltberühmten Kunstwerken erstanden, die die Posener Öffentlichkeit bisher noch nicht gesehen hat. Aus der Reihe dieser erstklassigen Filme, in denen die hervorragendsten Künstler und Künstlerinnen des Ekranes auftreten, wird als erster

von Freitag, den 20. April ab  
die letzte Neuheit des Pariser  
Pathé-Unternehmens gezeigt



# Das Kind des Karnevals

Drama in 6 Akten aus dem Leben der zeitgenössischen französischen Aristokratie, voller Poesie und vollen Zaubers!

Die Hauptrollen spielen die Lieblinge des Publikums **Mozzuchin** und **Lisienko**.

Das Stück spielt in Paris, in Nizza und anderen schönen Orten Frankreichs.

Nur einige Tage!

Billet-Vorverkauf von 12 bis 2.

Beginn um 6 $\frac{1}{2}$  und 8 $\frac{1}{2}$ , am Sonntag um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Sackmaschinen

System „Woolnough“  
(wie von Deane gebaut)

(6332)

für Getreide u. Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in  
allen Breiten — desgl. Hackmesser

**Woldemar Günter,**

Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel, Felle und Felle,  
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6.  
Telephon: 52-25

Zu verkaufen:

- 25 m Patentrehr, 176 mm mit aufgewalz. Flanschen,
- 1 Absperrschieber, 176 mm,
- 3 Arümmer, 176 „
- 1 T-Stück, 176 „
- 3 T-Stücke, 176×176×131 mm,
- 1 Sicherheitsventil für Abdampf, 176 mm,
- 1 Auspufftopf, 176 mm,

(6717)

alles gebraucht, aber wie neu.

Preis-Angebote an die Diakonissen-Anstalt in Posen,  
ul. Grünwaldzka 48.

2 dreijährige, kräftige, hornlose

## Ziegenhammel,

grau und weiß gut eingefahren, für Kinder, auch für  
Gärtnerei geeignet, nebst Gurgelhirnen preiswert  
zu verkaufen.

(6691)

Graser, Jaroszewo p. Klecko.

## Schafwolle

Kaufe zu höchsten Tagespreisen.

Auf Wunsch tausche für 3 Pfund Schafwolle  
5 Pakete beste ausländische Strickwolle  
in verschiedenen Farben.

(6721)

Kaufe sämtliche Sorten Felle:

- Fuchsfelle . . . zahle bis 240 000 M.
- Wardersfelle . . . „ 430 000 „
- Altsfelle . . . „ 85 000 „
- Gajenfelle . . . „ 10 500 „

Gichhörndchen, Reh-, Hirsch-, Schaf-,  
Kalb-, Ziegen- und Kuhfelle.

Hirschwanzhaare, Wachs u. Bienenwaben.

**Fell- und Wollhandlung,**

Poznań, sw. Marcin 34 (seit 20 Jahren ansässig)

Nur Winterware kommt in Frage.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

### Postbestellung.

An das Postamt

m

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Parte)  
für den Monat Mai 1923

Name .....

Wohnort .....

Postanhalt .....

Strasse .....

# „VESTA“

Feuer- u. Hagel-Versicherungsgesellschaft

a. G. in POZNAŃ

übernimmt, um die Versicherten vor Kurs-  
verlusten zu schützen, Hagelversicherungen  
in polnischen Goldgulden, gestützt auf den  
Kurs der vom Staate herausgegebenen

**6% Złotybons.**

Beiträge und Vergütungen sind zahlbar  
in diesen Bons oder in poln. Mark,  
dem jeweiligen Kurse angepasst.  
Ausführliche Informationen erteilen, sowie  
Anträge nehmen entgegen sämtliche Platz-  
agenturen und folgende Generalagenturen  
der Gesellschaft:

POZNAŃ, ul. Fr. Ratajczaka Nr. 36,  
GRUDZIĄDZ, Plac 23-<sup>40</sup> Stycznia 10,  
OSTRÓW, Rynek 32,  
BYDGOSZCZ, ul. Dworcowa 73/73 a,  
KATOWICE, ul. Grundmanna 36.

## Handelshaus „Lechistan“

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
liefert

(6722)

# Kohlen

aus den Gruben Jaworzno in größeren Mengen waggonweise zu  
bequemen Bedingungen. — Lieferung sofort.

Einstigemeinte Offerten wolle man an die Adresse des General-  
Vertreters für die ehem. Provinz Posen richten:

**W. Przybyszewski, Kępno.**



Poznań, ul. Sewerny Mielżyńskiego 23, Telef. 4019

## PIANINOS

u. zahle die höchsten Preise. (439)  
Offerten erbitte Hotel Monopol, Nr. 26.

Gebraucht. Element,  
noch aus der alten, und ein  
Oleandertüfel zu kaufen  
geucht. Angeb. m. Preis  
unt. D. 6711 an die Ge-  
schäftsstelle d. Mastes erh.

Eine fast neue tieferne

**Stubentür,**

97×225 cm. billig zu ver-  
kaufen. Zu erfragen in der  
Geschäftsstelle des Posener  
Tageblattes.

**Go'dene Brosche,**

ausf. zu verkaufen. Näg. in  
der Geschäftsstelle d. Bl.

## Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 19. 4., abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr: „**Asiatische  
Maret**“ von Elowacki.

Freitag, den 20. 4., abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr: „**La Violette**“,  
Oper v. Verdi. — Gastspiel Eva Band und  
den 21. 4., abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr: „**Die  
Dame**“, Oper in 3 Akten (7 Bildern) von  
P. T. Chufowski.

Billetvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Grotz  
im Hotel Monopol, Ecke ul. Rzedn und Sew. Mielżyńskiego 6.

Am Sonntag, den 22. d. Mts, abends 8 Uhr  
im grossen Saale des evangel. Vereinshauses

## Lieder-Abend

Lore Kornell-Berlin

Eintrittskarten zu 4000 bis 1000 Mark in der  
Zigarrenhandlung A. Gumnior.

## Kaufe sofort Industrieanlage

mit schönem Park, Garten und Grundstücken, oder einer  
schönen Grundbesitz 1. Klasse.

Schöne Wohnung Wasser, Möbel, Nähe von Posen,  
Bromberg oder Grudziądz, bis zum Werte von  
500 000 000 poln. Włk.

Adresse: „Posener Tageblatt“ für Wolny.

## Sofort lieferbar:

**Dr. H. Rauschnig, dtsh. wissen-  
schaftliche Zeitschrift für Polen.**

Heft 1.

Preis: Mark 12 000.—

Nach auswärts unter „Einschreiben“  
gegen vorherige Überweisung  
des Betrages auf P. K. O. 200283

Mark 13 500.—

Zu beziehen durch die

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Poznań

Abteilung: Verlagsbuchhandlung.

Zwierzyniecka 6.

## English Service

Methodist-Mission  
12 o'clock Sunday, Skar-  
bowa street 1, I. Etage

Zum 1. 5. 23 wird eine  
Pension

für 18. Mädchen od. Frauen  
rei, am liebsten für solche  
Landes. Zu melden unter  
6715 a. d. Geschäfts. d. Bl.

Für meine Schwester  
ich die Bekanntschaft eines  
geb. Dame zwecks Freunds-  
schaft und Konversation  
in der polnischen Sprache  
G. H. D. u. 6348 a. d. Bl.  
ichärsst. d. Bl. eroffen.

Andacht in den  
Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A  
Wolnica

Freitag, 20. April, abends  
7 Uhr.

Sonntag, morgen 7 Uhr  
v. m. 10 Uhr,  
nachm. 4 Uhr Minut-  
Jugendandacht in Pres-  
Sabbathausgang abends  
vor 46 Minuten.

Werktags-Andacht  
Morgen 6 $\frac{1}{2}$  Uhr u. abends  
7 $\frac{1}{2}$  Uhr mit Gebets-  
Synagoge B

(Israel. Brüdergemeinde)  
Ul. Dominikańska.

Freitag 20. April, abends  
7 Uhr

Sonntag den 21. April  
vorm. 10 Uhr.

Donnerstag, den 19. 4., abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr: „**Asiatische  
Maret**“ von Elowacki.

Freitag, den 20. 4., abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr: „**La Violette**“,  
Oper v. Verdi. — Gastspiel Eva Band und  
den 21. 4., abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr: „**Die  
Dame**“, Oper in 3 Akten (7 Bildern) von  
P. T. Chufowski.

Billetvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Grotz  
im Hotel Monopol, Ecke ul. Rzedn und Sew. Mielżyńskiego 6.



## Aus Stadt und Land.

Posen, den 19. April.

## Kirchliche Festwoche in Posen.

I.

Eine Tagung des Landesvereins für Innere Mission leitete am gestrigen Mittwoch vormittag um 9 Uhr die kirchliche Woche ein. Nach der Andacht, die Pastor Kammel-Posen über den Schriftzug: „Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?“ hielt, eröffnete Geh. Konsistorialrat D. Staemmler die Sitzung in Vertretung des dienstlich abwesenden Generalsuperintendenten D. B. La u, dessen Grüße und Segenswünsche er der Versammlung übermittelte.

Pastor Billigmann-Bissa sprach sodann eingehend über die Aufgaben, die unserer evangelischen Kirche, insbesondere der Volksmission, aus der Sektengefahr erwachsen. Neben den beiden Freikirchen der Baptisten und Methodisten, über die er einen geschichtlichen Überblick gab, schilderte er die kleineren Sekten unseres Landes in erschütternden Bildern, die in der sehr lebhaften Besprechung noch ergänzt wurden. Die Mission der Sekten erfordert eine Belebung der Volksmission der evangelischen Kirche, als Mission am Volke der Namenschristen. Das ist aber nicht nur Pastorenarbeit, sondern in der Hauptsache Arbeit der bewussten Gemeindeglieder. Nur dadurch kann unsere Kirche eine nicht zu durchbrechende Einheitsfront gegen allerlei Zersplitterungen werden.

Im Anschluß daran berichtete Pastor Fischer-Langenolingen über die Tätigkeit des Vereins für Landmission. Landmission bedeutet jetzt, wo aus Mangel an äußeren Mitteln manches schöne Werk hat aufhören müssen, alle in den Gemeindegliedern schlummernden Kräfte und Fähigkeiten auszubilden und in den Dienst der Gemeinde und des Reiches Gottes zu stellen. Unsere Kirchendankstellen müssen Führerpersönlichkeiten sein.

Zum Schluß sprach Pastor Dinkelmann-Binsdorf über Schwierigkeiten ländlicher Jugendarbeit. Das Wesen der ländlichen Jugendarbeit ist es, daß man die jugendlichen Wünsche nach Anregung und ihr Recht auf Freude, dem auf dem Lande nur wenig Rechnung getragen wird, versteht und entgegenkommt. Bei rechter Leistung arbeitet die Jugend ganz selbstständig an sich und aneinander und bei richtigem Eingehen auf das sowohl bei jungen Männern wie bei jungen Mädchen niemals fehlende religiöse Bedürfnis kommt es ganz von selbst zu vertiefender Bibelarbeit und christlicher Durchdringung der einzelnen Persönlichkeiten.

## Die Personalausweise der Staatenlosen.

Zu der in Nr. 86 des „Pos. Tagebl.“ unter der Hauptüberschrift „Für Deutsche in Polen Beachtenswertes“ veröffentlichten Mitteilung über die Personalausweise der Staatenlosen erfahren wir jetzt, daß der Inhalt jener Notiz lediglich für den Bezirk Thorn, nicht aber für die Wojewodschaft Posen gilt. Im Bereich der Wojewodschaft Posen werden, soweit uns bekannt ist, die von den deutschen Passbehörden ausgestellten Personalausweise nach wie vor anerkannt und v. f. Die entstandene Unklarheit ist wieder einmal eine Folge der verschieden gearteten Stellung der Behörden diesen Fragen gegenüber im Bereich der verschiedenen Wojewodschaften.

## Ein Aufruf des Oberbürgermeisters an die Einwohnerchaft.

Der Stadtpräsident Katakowski wendet sich angeht der Eröffnung der Posener Messe und der bevorstehenden Tagungen in einem Aufruf an die Bevölkerung mit der Bitte, die Gasse mit aufrichtigem Gegenkommen anzunehmen und für Ordnung und Sauberkeit auf den Straßen und in den Häusern Sorge zu tragen.

Dieser Aufruf zu bemerken, daß Ende April und Anfang Mai hier folgende Tagungen stattfinden: Der Generalkongreß der polnischen Ärzte, die Tagung der polnischen Thrographen, die Tagung der städtischen Sanitätsfunktionäre und die Tagung der ständigen Delegation der polnisch-technischen Vereinigungen.

## Unterstützungen der Familien der zu militärischen Übungen einberufenen Reservisten.

Das Gesetz vom 22. März 1923 (Dz. Ust. Nr. 37 Pol. 246 vom 10. 4. 1923) legt den Arbeitgebern die Verpflichtung auf, den Familien der zu militärischen Übungen einberufenen Reservisten Unterstützungen zu zahlen, die zwangsweise durch die Verwaltungsbehörden eingezogen werden können, sollten die Arbeitgeber die Zahlung ablehnen. Die Höhe der Unterstützungen sind nach einem Telephonogramm des Innenministeriums vom 13. 4. 1923 folgende:

Der Tagesatz der Unterstützung, die nach Art. 1 des Gesetzes der Familie des zur militärischen Übung Einberufenen zuzieht, beträgt:

1. Für Familien eines ständigen Arbeiters oder Angestellten, der sich im Augenblick der Einberufung von der übernommenen Arbeit ernährt: a) 60 Prozent seines Lohnes, der nach dem Tagesatz berechnet wird, sofern die Unterstützungsberechtigte nur eine Person ist; b) 70 Prozent des Lohnes, wenn zwei Personen unterstützungsberechtigt sind; c) 80 Prozent des Lohnes, falls es sich um drei oder mehr Personen handelt.

2. Für Familien aller anderen Reservisten: a) 6000 M. bei einer unterstützungsberechtigten Person, b) 7000 M. bei zwei und c) 8000 M. bei drei oder mehr unterstützungsberechtigten Personen.

In Ortschaften von mehr als 10 000 Einwohnern erhöhen sich die Sätze unter Punkt 2 — a, b, c um 2000 M.

## Denkschrift des Mieterschutzverbandes an den Ministerpräsidenten.

Während der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Sikorski in Posen hat eine Abordnung des Mieterschutzverbandes dem Ministerpräsidenten eine Denkschrift überreicht, in der an den Ministerpräsidenten die Bitte gerichtet wird, sich nicht durch bestimmte Gruppen oder Personen von seinem Posten drängen zu lassen. Die Denkschrift fertigt dann die Gerichte darüber, daß das Mieterschutzgesetz vollkommen beseitigt werden sollte, ab. In der Denkschrift wird weiter die Lage der Mieter, besonders der Kriegswitwen, Kriegsinvaliden, der Arbeitslosen, der Arbeiter verschiedener Kategorien, der Beamten, die keine hohen Gehälter erhalten, den Lehrern und Lehrerinnen behandelt und erklärt, daß alle Ermittlungen bis zum Überangebot an Wohnungen unterbleiben müßten. Zum Schluß werden die Ziele des Mieterschutzverbandes aufgeführt, unter denen sich auch der Häuserbau befindet.

## Aufklärung von Masseneinbrüchen.

In den letzten Monaten wurde der Stadteil St. Lazarus durch Masseneinbrüche in Keller, Ställen und auf Pöden lebhaft beunruhigt, bei denen große Mengen Kaninchen, Fühner Gänse, junge Ziegen und Wähe von bedeutendem Werte gestohlen wurden. Im ganzen handelt es sich um 36 Einbrüche. Der

Kriminalpolizei des 9. Polizeireviers in der ul. Maleckiego 21 (fr. Prinzenstr.) ist es nun in dieser Woche gelungen, die drei Einbrecher ganz junge Burischen, zu verhaften, die sich auch zu familiären 36 Einbrüchen bekannt haben. Es handelt sich um den 19jährigen Karolaw Frankowski, den 18jährigen Martin Kulczewski und den 17jährigen Marian Pachowski. Einer von den Einbrüchen entfällt auf die ul. Pocztowa (fr. Friedrichstr.). Vielen von den Diebstählen Betroffenen können die gestohlenen Sachen wieder zurückgegeben werden. Ein Teil der Sachen, deren Eigentümer unbekannt sind, lagert noch im 9. Polizeirevier, und zwar verschiedene Wähe, ein Baistkessel, ein Steinopf, ein Keschell, eine Wäseleine und drei Bücher. „Witz, das neue Naturheilverfahren“. Die Eigentümer können sich im genannten Polizeirevier melden.

**Amthliche Warnung an die Kraftwagenführer.** Das Starostwo Grodzkie bittet uns, folgendes mitzuteilen: Angesichts der oft festgestellten Unglücksfälle und der zahlreichen Beschwerden der Bevölkerung über die den Passanten durch das schnelle und unvorsichtige Fahren mit Kraftwagen, besonders an den Haltestellen der Straßenbahn und den Straßenkreuzungen, drohende Gefahr, werden alle Kraftwagenbesitzer und Kraftwagenführer auf die §§ 32 und 33 der Verfügung des Ministers für öffentliche Arbeiten und des Innenministers vom 6. April 1922 hingewiesen und ihnen die genaue Innehaltung der Vorschriften anbefohlen. Zuwiderhandlungen werden mit strengen Strafen geahndet werden. So können die Kraftwagenführer ihrer Chauffeurscheine für immer verlustig erklärt werden.

**Warnung vor dem Verlust der Militärpapiere.** Das Bezirkskommando gibt bekannt, daß sich in letzter Zeit die Fälle vermehren in denen Militärpersonen, die in der Reserve stehen, ihre Militärpapiere verloren haben. Da die Ausstellung von Duplikaten mit erheblichen Kosten verbunden ist, weil der Verlust in den Amtsklättern auf Kosten des Geschädigten zweimal bekanntzugeben und der Geschädigte ferner das Duplikat und die Verwaltungsstellen bezahlen muß, dürfte größere Vorsicht am Platze sein. Abgegeben von materiellen Schäden, können die Geschädigten, wenn ihre Dokumente in die Hände unruhmiger Personen gelangen, gegebenenfalls in falschen Verdacht kommen wenn das betreffende Dokument am Ort eines Verbrechens absichtlich zurückgelassen wird, um die eigene Spur zu verwischen.

**Wichtig für die Schweinezüchter.** Dem Rittergutsbesitzer Göttinger Modrow in Wajzel (früher Bonisch) bei Starogard (fr. Schönau) in Pommerellen ist es nach vielen Bemühungen gelungen, aus der bedeutenden Hochzucht Hynowers einen überaus vorzügliches Landtschwein einzuführen, deren Eltern und Vorfahren vielfach prämiert und in das Güterherbuche für die Provinz Hannover eingetragen sind. Es ist dies der erste Fall, daß ein Zuchtstier von Deutschland nach Polen eingeführt werden konnte. Modrow beabsichtigt jetzt, einen Zuchtstier aus Dänemark zu importieren. Im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Viehzucht in Polen ist es zu beklagen, daß es endlich ein Hochzuchtstier gelungen ist, durch Einfuhr eines blutverwandten Tieres auf weitere züchterische Fortschritte bestimmt rechnen zu können.

**Keine Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.** Angesichts von Gerüchten, denen zufolge zum 15. d. M. eine weitere Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise erfolgen sollte, wird gemeldet, daß weder diese Absicht bekannt noch geplant werde, am 1. Mai eine Erhöhung der Tarife einzutreten zu lassen.

**Falsche 50 000 Mark-Scheine.** Die Posener Zweigstelle der polnischen Landesbank hat falsche 50 000 Mark-Scheine beschlagnahmt. Die Falschstücke tragen ein vom Original abweichendes Wasserzeichen und sind von hellerer Farbe. Vor allem fällt die vermisste Ziffer 50 000 auf. Die andere Art der Falschstücke zeichnet sich durch kleinere Form aus.

**Der Einzelverkauf von Zigaretten und Zigarren wieder erlaubt.** Im Einklang mit der Generaldirektion der Monopole in Warschau, teilt der Sejmabgeordnete Krzyski, ein Kaufmann der Tabakbranche aus Gaudenz m. t., daß es gestattet ist, Zigaretten wie auch Zigarren Stückweise zu verkaufen, jedoch nur mit der Einschränkung, daß bei diesen Gattungen nur 100 Stück Zigaretten bzw. 50 Stück Zigarren pro Schachtel dazu bestimmt werden. Die unter Nr. 285 erlassene Verordnung ist vorläufig bis zum 31. Dezember d. J. gültig. Weitere Verordnungen, die in hohem Maße die Traditionen des freien Handels in unserem Teilgebiet berühren, werden unterzüglich ergehen. Der Verkauf von deutschen oder dänischen Zigaretten ist strengstens verboten. R. warnt daher alle Kollegen vor dem Vertrieb der genannten Fabrikate, weil die darauf stehenden Strafen sehr empfindlich sind und der Verlust dieser Erzeugnisse auch den Verlust der Konzession zur Folge hat.

**Vortrag Julius Bab-Berlin.** Der bereits mehrfach angekündigte Vortrag von dem bekannten Berliner Dramaturgen und Schriftsteller Julius Bab über „Shakespeare“ wird bestimmt am Dienstag, dem 24., im Saal des Vereins junger Kaufleute stattfinden. Eintrittskarten zu 4000 M. für den numerierten Platz, 2000 M. für den unnummerierten und 1000 M. für Schülerkarten sind im Vorverkauf in der Deutschen Bücherei zu haben.

**Konzerte.** Am Sonnabend dieser Woche, dem 21. April, tritt im Konzertsaal der Universität die schweizerische Sängervereinigung „Mozart et Madrigal“ auf. Das Programm versteht sich als italienische, polnische und französische Lieder. Eintrittskarten in der Zigarrenhandlung von Górecki (Hotel Monopol). — Am Sonntag findet im Vereinsklubsaal der schon angekündigte Hugo Wolf-Schubert-Liederabend von Frau Irene Kornell statt. Eintrittskarten in der Zigarrenhandlung von Górecki. — Am Montag, dem 23. d. M., spielt im Gung. Vereinsklubsaal die englische Geigerin Alma Woodie, der ein großer Ruf vorausgeht, Werke von Bach, Rarini, Chauffon und Korngold. Eintrittskarten in der Zigarrenhandlung von Górecki (Hotel Monopol).

**Großes Theater.** Freitag: „Traviata“ (letztes Gastspiel Eva Handrowska). Sonnabend: „Pildame“ (Hia: Jrl. Gynasta; Hermann: Herr Wolowicz). Sonntag nachmittag: „Halla“ (mit Jrl. Jagobowska in der Titelrolle) zu beiden Breiten. Sonntagabend: „Rigolotto“ (erstes Gastspiel Dimitri Smirnow). Dienstag: „Lakme“ (zweites Gastspiel Dimitri Smirnow). Mittwoch: Erste Aufführung von „Diedzisz Marja“. Musikalische Leitung: Direktor Siemich, Spellenleitung: Herr Karnowick. Es wirken mit die Damen Gynowicka und Jowana und die Herren Górecki, Karpacki, Wołost, Libanowick. Vorverkauf bei Górecki (Hotel Monopol).

**Die Schwalben** sind zusammen mit vielen anderen Vögeln seit einigen Tagen nach Posen zurückgekehrt. Eigentlich müßte nach den früheren Erfahrungen auch die Nachtigall aus dem Süden wieder hier sein, doch hat man sie bisher noch nirgends beobachtet, vermutlich wegen der niedrigen Temperatur der letzten Tage.

**Terror auf dem Wochenmarkt.** Auf dem Wochenmarkt eines ehemaligen Vorortes hatte ein Anstößer einen Wagen mit Kartoffeln geordnet und versucht diese zum Preise von 8000 M. für den Zentner abzusetzen. Obwohl dieser Preis angesichts des Umfanges, daß Kartoffeln im Einzelverkauf auf demselben Markte das Pfund mit 120 bis 130 M. bezahlt wurden, keineswegs als zu hoch anzusehen war, auch eine große Zahl von Hausfrauen die Kartoffeln zu diesem Preise gern kaufen wollten, legten sich mehrere Arbeiter ins Mittel und erklärten dem Anstößer, daß er für seine Kartoffeln nicht mehr als 7000 M. bekomme. Wenn er sie dafür nicht lassen wolle, müßte er sich nach Brandenburg schießen. Über diese ganz deplazierte Redensart regte sich wieder eine polnische Hausfrau auf, die ganz richtig erklärte, daß es sich hier nicht um irgend eine politische, sondern eine höchst materielle Frage handle. Die Folge dieser Bemerkung war ein heftiger Wortstreit zwischen beiden Parteien. Da der Anstößer von seiner Forderung nicht abging, die Arbeiter aber Käufer zum Preise von 8000 M. nicht zustande kommen ließen, fuhr der Anstößer schließlich mit seinen

Kartoffeln davon, gefolgt von verschiedenen Frauen, die ihm in den Nebenstraßen die Kartoffeln für 8000 M. gern abkauften. Gegen solchen Terror auf dem Markte muß ganz entschieden Einspruch erhoben werden, da sonst die Gefahr wächst, daß die Zufuhr vom Lande sehr beschränkt, wenn nicht ganz eingestellt wird.

**Der polnische Hausbesitzerverein** hält morgen, Freitag, um 5½ Uhr eine Versammlung im Saale des Zoologischen Gartens ab.

**Der Wassermangel** über den gestern aus einem Teile der Unterstadt Klage geführt wurde, war auf einen Rohrbruch in der ul. Łagowa (fr. Weinstr.) zurückzuführen. Seit gestern nachmittag 4 Uhr war der Schaden beseitigt und es gab wieder Wasser.

**Spühbubenfreude.** Gestern wurde die Feuerwehr nach der Ringhauffe, etwa 100 Meter von der ul. Dabrowskiego (fr. Große Berliner Straße) gerufen, um dort aus einer Latrine ausströmendes Gas abzusperren. Mehrere Spühbuben hatten den eisernen Paternostervahl ausgegraben und waren im Begriff, ihn zu entrümmern, um die Bruchstücke zu Geld zu machen, als sie durch Vorübergehende entdeckt wurden. Sie kletterten unter Zurücklassung zweier Spaten und eines großen Hammers, deren sie sich bei der Verübung des eigenartigen Diebstahlsversuchs bedient hatten.

**Das Opfer eines Taschendiebes** wurde gestern in einer Gastwirtschaft am Stary Rynek (fr. Alter Markt) ein Gast, indem ihm 80 000 M. bares Geld aus der Tasche gekloppt wurden.

**Diebstähle.** Aus der Federhandlung in der Wierzbickiego 40 (fr. Butenr.) wurden gestern vier edle Lederhüde im Werte von 8 Millionen M. und aus einer Wohnung in der ulica Franciszka Ratajczaka 11a (fr. Rutterstr.) ein mit den Buchstaben J. M. gezeichnete goldener Trauring im Werte von 200 000 M. gestohlen.

**Bromberg, 18. April.** Am Dienstag starb im Alter von 92 Jahren der Stadtrat a. D. Stadthalter Carl Benzell. Mit ihm ist der Nestor der alteingesessenen Bromberger dahingegangen, dem es beschieden war, das Aufblühen der Stadt während der letzten Jahrzehnte nicht nur mitzuerleben, sondern auch an seinem Teil daran mitzuarbeiten im Verbands der beiden städtischen Körperschaften. Ein gebürtiger Rheinländer, machte er sich im Jahre 1857 hier ansässig mit Begründung der Drogenhandlung Carl Benzell (in der Friedrichstraße), die sich im Laufe der Jahre zu einem Großbetriebe erweiterte, und die er nach etwa vier Jahrzehnten, 1895, an seinen Sohn und Neffen übergab. Mehrere Jahrzehnte lang gehörte der Drogenhändler der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat als Stadtrat an, und wurde bei seinem Ausscheiden aus diesem Amt durch die Verleihung des Titels „Stadthalter“ geehrt.

**Gräß, 15. April.** Ein Polizeibeamter von hier nahm einen Banditen in dem Augenblick fest, als er einen Raubüberfall berühen wollte, indem er einen Landwirt aus Schwarzhauwand überfiel. Der Bandit hatte eine Waffe und einen großen Revolver, mit drei Kugeln geladen. Er wurde in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

**Kawitsch 18. April.** In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der bisherige kommissarische Bürgermeister Czyskowski mit allen Stimmen auf 12 Jahre zum Bürgermeister der Stadt Kawitsch gewählt. Herr Czyskowski dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und beteuerte, daß seine Arbeit ausschließlich dem Wohl der Stadt und ihrer Bewohner gewidmet sein würde.

## Aus Kongresspolen und Galizien.

**Gienstochau, 17. April.** Drei Tage verhaftete die Polizei in Klobuck die beiden ehemaligen Volkskutschler aus Slonim (Kreis Nowogrod). Bo esław Kruczkowski und Kozimierz Ochmalsti, die zu ihren Eltern gekommen waren. Die beiden Verhafteten hatten ihren Kollegen, den Lehrer der Volksschule in Slonim Jaleski ermordet und ihm 10 Millionen Mark geraubt. Die Mörder trafen mit Jaleski in Slonim zusammen, der sich auf seine Kollegen die Gehälter abgehoben hatte, und überredeten ihn zu einem Ausflug in die Umgegend, wo sie das Verbrechen verübten. Während des Verhörs bekannten sich die Verhafteten des Mordes schuldig und gaben als Helfershelfer einen dritten Kollegen an, der ebenfalls ein ehemaliger Lehrer ist.

## Aus dem Gerichtssaale.

## Todesurteil gegen einen Gattenmörder.

**Posen 18. April.** Vor der 4. Strafkammer hatte sich am Dienstag der Landwirt Komarz Kowal aus Wyssogotowo, Kreis Posen-Dt., wegen Mordes an seiner Ehefrau Marianna geborene Wnialski zu verantworten. Die Verhandlung, die mit der Verurteilung des Angeklagten zum Tode endete, lag folgender Tatbestand zu Grunde:

Kowal, der zunächst bei seiner um 20 Jahre älteren Ehefrau als Knecht diente, verheiratete sich mit ihr, wurde ihrer jedoch bald überdrüssig. Er wandte seine Zuneigung einem 15jährigen Mädchen zu, und wurde, da das Verhältnis nicht ohne Folgen blieb, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dann bandelte er mit seinem Dienstmädchen an und mißhandelte seine Frau fortgesetzt. Am 17. Juli 1921 tötete er seine Ehefrau, behauptete aber, daß sie in die Dreschmaschine hineingefallen und getötet worden sei. Unter Anklage gestellt wurde er wegen Mangels an Weibchen freigesprochen. Nunmehr verheiratete er sich mit einer Vehrertochter. Die Staatsanwaltschaft forschte jedoch in der Angelegenheit des Todes seiner ersten Frau weiter und brachte sozial Veremismaterial gegen Kowal zusammen, daß erneut die Anklage erhoben werden konnte, die jetzt nach Vernehmung von zwei Sachverständigen und 41 Zeugen zu der Verurteilung des Angeklagten zum Tode führte.

Der Verurteilte, der sein Urteil zunächst ruhig aufnahm, hat inzwischen dagegen Berufung eingelegt.

**Die Versicherungsgesellschaft „Vesta“ in Poznań,** die älteste Versicherungsanstalt im ehemals preussischen Teilgebiet, welche seit 50 Jahren besteht, führt als erste in Polen eine für die Landwirte bedeutende Änderung der bisherigen Art der Hagel-Versicherung ein. Das bis jetzt angewandte System legte infolge des fortwährenden Sinkens der polnischen Mark die Versicherten empfindlichen Verlusten aus. Die Versicherungssumme entsprach wohl dem wirklichen Wert im Augenblick des Vertragsabschlusses, aber die für den Schadensfall im September oder Oktober fällige Entschädigung stand angesichts der Steigerung der Getreidepreise in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Verlust. Um in Zukunft solche Verluste zu vermeiden, wird die „Vesta“ im laufenden Jahre Versicherungsverträge in polnischen Goldgulden, die sich auf den Kurs der vom Staate herausgegebenen 6% Klotzbons stützen werden, abschließen. Die Auszahlung der Hagelschäden wird die „Vesta“ in der gleichen Relation tätigen. Die Versicherungssumme wird also automatisch steigen nach Maßgabe des Steigens des bekanntlich dem Kurse der Schweizer Franken (einer Valuta von sehr realer Zahlungsfähigkeit) angepassten Kurses dieser Bons, die den jeweiligen Getreidepreisen am meisten Rechnung tragen. Die versicherten Landwirte sind also so auf keinen Fall Verlusten ausgesetzt, da die ihnen zustehende Entschädigung nach dem jeweiligen Kurse ausbezahlt wird. Unsere inereizierten landwirtschaftlichen Kreise werden diese Reform gewiß mit großer Genugtuung aufnehmen.



